

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Wechselkurs werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Franz Hofmeyer, Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Amtslich in Bochum, Wismarstraße 38-42. Telefon-Nr. 08 u. 80. Telegr.-Adr.: Arbeiterband Bochum.

Die Verantwortung.

Wer die Verantwortung für den Ausbruch dieses ungeheuerlichen Krieges trägt, diese Frage wird begrifflicherweise immer wieder erörtert. Nach unserer Meinung fällt, soweit nicht von dem menschlichen Willen mehr oder weniger unabhängige weltwirtschaftliche Entwicklungsfolgen den Frieden in Frage gestellt haben, die Kriegsverantwortung zunächst auf jene, die die Erhaltung des Friedens für „unmöglich“ und „entwertet“ erklärten. Die Verantwortung tragen aber auch die Völkermassen, welche sich um die Gestaltung ihres Schicksals gar nicht oder zu wenig kümmern.

Halbloses Gerede ist es dagegen, zu sagen, auch solche Personen und Parteien, die vor dem Kriege die militärischen Rüstungsausgaben bekämpften und ablehnten, während des Krieges die finanziellen Mittel für die Aufrechterhaltung der Landesverteidigung bewilligten, machten sich dadurch „mitverantwortlich für den Krieg“. Das ist ein halbloses Gerede. Das sei durch ein Gleichnis erläutert:

Wenn trotz unserer scharfen Kritik und ersten Mahnung, die Lebensgefährlichen Grubenrisikofälle zu beschränken, sich Schichtkatastrophen ereignen, weil die betr. Werksverwaltungen unsere kritische Warnung nicht gebührend beachten und dann das Unglück geschehen ist, sich auch unsere Verbandsmitglieder an der möglichsten Beschränkung des Unheils, an dem Werk der Rettung noch lebender, aber im Schacht eingeschlossener Kameraden beteiligen — machen sich die betr. Verbandsmitglieder dadurch „mitverantwortlich“ für die Katastrophe? Natürlich tun sie das absolut nicht, sondern sie helfen nur nach Kräften mit, daß das eingetretene Unglück möglichst eingeschränkt wird.

Genau so verhält es sich mit der Landesverteidigung an und hinter den Fronten. Mitverantwortlich für den gegen ihren oft bekundeten Willen ausgebrochenen Krieg machen sich also die prinzipiellsten Friedensfreunde durchaus nicht, wenn sie, nachdem das von ihnen längst vorausgesagte Völkerungsglied einsetzt, nunmehr durch Wehrdienst mit der Waffe, auch durch Gewährung der erforderlichen Finanzmittel mitbilden, die Kriegsjurie von den heimatischen Fluten fernzuhalten. In dieser Lage befinden sich die Friedensfreunde in allen kriegsführenden Ländern.

Wenn nach den schrecklichen Kriegserfahrungen die Leidenden Vorkämpfer sich immer noch keinen entscheidenden Einfluß auf die innere und äußere Politik der Regierungen verschaffen, immer noch gleichgültig in den Lag hineinleben, dann haben die Völker nichts gelernt und dürfen sich nicht beklagen, wenn sie wieder in blutige Weltkatastrophen hineingestoßen werden. Die Völker müssen die Gestaltung ihrer Zukunft nach den nunmehr doch überreichlich gemachten tieferen Erfahrungen selbstbestimmend beeinflussen!

Das gilt auch speziell für die Gestaltung der wirtschaftlichen Zukunft der Arbeiterschaft. Massenhaft vornehmen wir bewegliche Klagen und bittere Beschwerden. Daß es so kommen würde, haben wir den Kameraden jahrelang vorausgesagt und sie dringend gebeten, doch auch an ihre Zukunft, an die Zukunft ihrer Kinder und Kindeskiner zu denken.

Unsäglich Mühe haben sich die eifrigen Mitglieder des Bergarbeiterverbandes seit Jahren gegeben, um die Massen der Arbeiterbrüder aufzuklären über die Notwendigkeit einer starken Bergarbeiterorganisation. Hätte die Mehrzahl die kameradschaftlichen Warnungen und Mahnungen beherzigt und befolgt, dann stände es heute viel besser um die Arbeiterschaft. Dann brauchte sich der einzelne Bergmann nicht so oft geringschätzend behandeln zu lassen; er hätte einen besser auskömmlichen Lohn und lebte im Schutz einer mächtigen Gewerkschaftsorganisation als ein Arbeiter und Staatsbürger, der sich eine gerechte Würdigung seiner volkswirtschaftlich unentbehrlichen Leistungen errungen hätte.

Daß dies heute noch nicht erreicht ist, dafür tragen die Arbeiter, welche zwar Ohren hatten zu hören, aber nicht hörten, die schwerste Verantwortung!

Die Werksbesitzer haben von hohem Wert der Organisation viel, viel besser erkannt als die Arbeiter. Darum sind die Werksbesitzer aber auch ständig bestrebt, sich selbst immer fester zu verbünden und andererseits dem Arbeiter durch allerhand Mitteln weiszumachen, er habe keine gewerkschaftliche Organisation nötig. Die Gegner der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation spezifizieren eben auf die verderbliche Gleichgültigkeit der Arbeitermassen.

Was bisher von den vielen Arbeiterbrüdern verkannt wurde, das kann und muß nun schnell gutgemacht werden. Der Krieg ist eine harte Schule. Viele sonst Gleichgültige hat er aufgerüttelt, hat ihnen Augen und Ohren geöffnet. Mit Freunden können wir mitteilen, daß nun unter den Kameraden ein stärkeres Interesse für den Bergarbeiterverband eingeleitet ist. Die Neuaufnahmen von Mitgliedern haben sich in letzter Zeit in erfreulichem Maße vermehrt. Einige Bezirke können sogar über ganz ausgezeichnete Fortschritte berichten.

Aber das ist gar nicht ausreichend. Ueberall müssen wir an das Ehr- und Pflichtgefühl der Kameraden appellieren, müssen ihnen begreiflich machen, daß sie eine unachtre Verantwortung auf sich laden, wenn sie abseits bleiben von der Armee der Streiter für Bergmannsrecht und für auskömmlichen Lohn. Wer nicht eintritt in diese Armee, der darf sich absolut nicht beklagen, wenn es ihm nach dem Kriege nicht besser, sondern noch schlechter ergeht als heute. Schon haben Industriezeitungen den Herabdruck des Lohnes angekündigt!

Die Verantwortung für die Zukunft der Arbeiterschaft ruht mit auf jedem einzelnen Arbeiter! Der Einzelne kommt aber unter die Mäher und wenn er sich noch so schlau dünkt. Schützen kann er sich vor der Gefahr nur durch den Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter. Im Verband der Bergarbeiter Deutschlands findet er Schutz und Schirm, Hilfe und Verständnis für seine Angelegenheiten. Darum herein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands!

Der Krieg hat sicher die längste Zeit gedauert. Er kann schneller zu Ende sein, als wir alle ahnen. Wenn dann die Bergarbeiter keine praktische Anerkennung für ihre großen Leistungen und Opfer finden, so tragen dafür die, welche dem Bergarbeiterverbände ferngeblieben sind, die schwerste Verantwortung.

organisationen so oft geführten Beschwerden über die unzureichende Ernährung der Bergarbeiter und die ungerechte Verteilung fetthaltiger Nahrungsmittel. Der Reichskanzler hat sein volles Einverständnis mit Hindenburg erklärt.

„Es ist unmöglich, daß unsere Arbeiterschaft auf die Dauer leistungsfähig bleibt“, wenn sie nicht eine größere Menge fetthaltiger Nahrungsmittel erhält. Das hat die „Bergarb.-Ztg.“ vor weit wie oft geschrieben und nun bestätigt es uns der hervorragendste deutsche Heerführer. Er hat damit die große Bedeutung einer leistungsfähigen Bergarbeiterarbeit voll anerkannt. Wir dürfen annehmen, daß Hindenburg auch weiß, wie sehr für die Lösung der Arbeiterfrage nicht allein die nötige Nahrungsmittelversorgung entscheidend ist. Um die Arbeiter zur Arbeit freudig zu machen, dazu gehört auch die weitestgehende Berücksichtigung ihrer seelischen Stimmung! Man darf den Arbeitern nicht mehr zumuten, als was die Kriegsnotwendigkeiten verlangen. Alle sonstigen Freiheitsbeschränkungen und erst recht jede aus einem absolutistisch überhöhten Herrenbewußtsein der Werksleiter und Werksbesitzer geborene Schikanierung und jede entwürdigende Behandlung muß unbedingt unterbleiben! Je anständiger der Bergarbeiter als Mensch behandelt wird, um so leichter wird ihm die Pflichterfüllung gemacht. In dieser Beziehung wird sehr viel geleistet.

Wir meinen, die ihrer Bedeutung von Hindenburg gezollte Anerkennung wird auch die Bergarbeiter davon überzeugen müssen, daß ihre von den Leitern der gewerkschaftlichen Organisationen bei den obersten Militär- und Zivilbehörden vorgebrachten Beschwerden und Klagen dort Verständnis finden. Wenn nun alle Bergarbeiter sich dem Verbands anließen, dann werden es auch die Werksbesitzer nicht mehr ablehnen können, direkt mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen über eine gerechtere Regelung der Lohn- und der sonstigen Betriebsverhältnisse zu verhandeln. Organisiert euch alle, Kameraden, dann wird die ganze Bergarbeiterarbeiterschaft ihrer großen volkswirtschaftlichen Bedeutung entsprechend überall Anerkennung erhalten.

Zivildienstpflicht bevorstehend?

In den nächsten Tagen wird wahrscheinlich dem Reichstag ein Gesetzentwurf unterbreitet werden, der keine Verlängerung der militärischen Dienstpflicht beabsichtigt, aber die männlichen, militärfreien Zivilpersonen im Alter

bis zu 60 Jahren in gewisser Hinsicht zu Diensten für die Kriegsindustrie, verpflichtet, vermütlich auch für die Landwirtschaft verpflichtet. Eine Ausdehnung der Zivildienstpflicht auf die Frauen soll nicht erfolgen.

Wir können uns grundsätzlich mit einem Gesetz, das Mithingänger jeden „Standes“ verpflichtet, der Volksgemeinschaft nützliche Arbeit zu leisten, einverstanden erklären. Es laufen noch eine Unmenge arbeitsfähiger Personen herum, die es wegen guter Vermögenslage nach ihrer Meinung, nicht nötig haben zu arbeiten. Kräftige Privatiers, Rentner, Besitzer von Aktien und Kuxen und andere beschäftigungslose Herren, die nicht wissen, wie sie den Tag herumbringen, sind viele Zehntausende vorhanden. Auf alle Fälle ist es besser, diese freiwillig Beschäftigungslosen werden nun zur Arbeit für die Durchführung der Kriegswirtschaft herangezogen, statt die schwächeren Mädchen und Frauen noch mehr für ihre Gesundheit schädigende Arbeiten in der Schwerindustrie heranzuziehen. Und außerdem: „Arbeit schändet nicht.“

Für die „eigentliche“ Arbeiterschaft wird die Zivildienstpflicht ohne nennenswerte praktische Bedeutung sein, denn die Bergarbeiter, Metallarbeiter und die übrigen Berufsarbeiter sind bereits angestrengt tätig. Nur muß dafür gesorgt werden, daß die vielschicht mit einem gewissen Zwang zur Arbeit genötigten bisherigen Mithingänger nicht als Lohnbrüder mißbraucht werden können. Auch darf die industrielle evtl. landwirtschaftliche Zivildienstpflicht keine neue private kapitalistische Verrechnungsquelle sein. Der wirtschaftliche Nutzen muß der Allgemeinheit zufließen. In diesem Sinne müssen die Vertreter der Arbeiterorganisationen zu dem angelegentlichsten Gesetz Stellung nehmen.

Dies Gesetz wäre in der nächsten und vollstimmlichsten Weise durchzuführen, wenn sich alle Arbeiter gewerkschaftlich organisierten. Darum nochmals Kameraden: Hinein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands!

Die Löhne können erhöht werden.

Kein vernünftiger Mensch wird von einem Werksunternehmer verlangen, daß er Löhne und Gehälter zahlen soll, die der Betrieb nicht aufbringt. Wir wissen auch alle, daß die Löhne nicht ganz so erhöht werden können wie die Lebensmittelpreise gestiegen sind. Diese Preise sind bis 200 Prozent, zum Teil noch mehr gestiegen während des Krieges. Der Lohn müßte also jetzt allgemein doppelt und dreifach höher sein wie vor dem Kriege, wenn ein voller Ausgleich mit der Verteuerung der Lebenshaltung geschaffen werden sollte. Das kann auch die bestreuernde Sache jetzt nicht leisten. Darum muß auch für eine Herabsetzung der wichtigsten Nahrungsmittelpreise gesorgt werden.

Ganz falsch aber ist es, wie es in einer Reihe von Arbeiterausschussführungen seitens der Werksvertretung geschehen ist, zu sagen, die Löhne könnten nicht mehr erhöht werden, die Betriebsüberschüsse langten nicht dafür. Die Löhne pro Schicht sind im Bergbau vom 2. Vierteljahr 1914 bis zum 2. Vierteljahr 1916 nachweislich nur um durchschnittlich 20 bis 30 Prozent gestiegen, also nur den zehnten Teil soviel wie die Nahrungsmittelpreise. Da muß, um die Arbeiterschaft in die Lage zu versetzen, die wichtigsten Nahrungsmittel zu kaufen, an den Löhnen noch erheblich nachgeholfen werden.

Daß dies möglich ist, können wir mit Anführung der Werksüberschüsse beweisen, wir haben es schon in der „Bergarbeiter-Zeitung“ oft getan. Nun liegen wieder eine Reihe Ueberschüsse für das letzte Vierteljahr vor. Wir bringen folgend den Vergleich mit dem gleichen Viertel des Vorjahres:.

	1916	1915
	2. Viertel	2. Viertel
Konstantin der Große	1 589 249 Mk.	1 658 152 Mk.
Dortfeld	307 310 „	106 526 „
Enab	1 674 909 „	1 389 252 „
Friedrich der Große	597 082 „	601 189 „
Gottefegen	142 614 „	46 078 „
Graf Bismarck	1 701 368 „	1 344 904 „
Graf Schwerin	292 007 „	331 820 „
Geinrich	463 876 „	264 166 „
Helene und Amalie	580 479 „	350 652 „
Johann Deimelsberg	152 498 „	170 624 „
Rönig Ludwig	1 375 930 „	808 833 „
Langenbrunn	759 496 „	558 271 „
Lothringen	1 403 974 „	900 173 „
Mont Genis	604 952 „	715 259 „
Schürban u. Charlottenburg	135 788 „	56 782 „
Unser Fritz	423 310 „	605 707 „
Vereinigte Trappe	89 719 „	60 829 „

Danach sind die Ueberschüsse fast bei allen Zechen bedeutend gestiegen, meist sind sie höher wie vor dem Kriege. Der Müllheimer Bergwerksverein machte Betriebsüberschüsse (in Mark):

	1912	1913	1914	1915	1916
1. Vierteljahr	339 461	618 171	605 352	624 600	651 744
2. Vierteljahr	578 222	668 451	498 586	572 025	721 659
3. Vierteljahr	680 800	727 357	52 145	618 556	807 787

Also hat diese Gesellschaft 1916 so hohe Ueberschüsse wie nie zuvor. Die große Sarpener Bergwerksgesellschaft (22 Zechen) verzeichnete

	1915/16	1914/15
Bruttogewinn	32 892 308 Mk.	25 061 380 Mk.
Reingewinn	11 287 174 Mk.	9 850 234 Mk.

Auch diese große, maßgebende Zechengesellschaft macht jetzt höhere Ueberschüsse wie in dem besten Jahr vor dem Kriege. In dem übrigen Bergbau steigen die Werksüberschüsse ebenfalls ganz bedeutend. So machten Betriebsgewinne

Die große Bedeutung der Bergarbeiterschaft

Für die Erhaltung des Staates ist selten so eindringlich dargestellt worden als in einem vom Chef des Generalstabs des deutschen Heeres, Generalfeldmarschall v. Hindenburg an den Reichskanzler gerichteten Brief. Hindenburg schreibt, für den glücklichen Ausgang des Krieges käme es auch auf die „Lösung der Arbeiterfrage“ an, sie sei „dabei entscheidend“. Hierfür bedürfe es „der einmütigen, hingebenden Mitwirkung der Landeszentralbehörden und der diesen unterstellten Verwaltungs- und Zentralbehörden.“ Dazu erklärt Hindenburg:

In den Kreisen dieser Behörden scheint mir nicht überall ausreichend erkannt zu sein, daß es um Sein oder Nichtsein unseres Volkes und Reiches geht. Es ist unmöglich, daß unsere Arbeiterschaft auf die Dauer leistungsfähig bleibt, wenn es nicht gelingt, ihr eine nach gerechten Gesichtspunkten verteilte, ausreichende Menge Fett zuzuführen. Sowohl aus dem Ruhrkohlenrevier, dem Siegerland, wie auch aus anderen Industriezentren wird mir berichtet, daß es immer noch nicht gelungen ist, eine ausreichende, einigermaßen gerechte Fettverteilung zu bewirken. Im Siegerland soll seit zwei Monaten nur eine ganz geringfügige Fettmenge verfügbar gewesen sein.

Von diesen Dingen scheint man in den rein landwirtschaftlichen Gebieten Deutschlands und in den Kreisen der führenden Männer unserer Landwirtschaft nicht genügend unterrichtet zu sein. Für die Landwirtschaft ist die Aufgabe nicht nur in der selbstverständlichen Steigerung der Produktion zu erblicken, sondern auch darin, ihre Produkte, insbesondere das Fett, in weitestem Maße freiwillig dem Verbrauch zuzuführen. Mit staatlichem Zwang wird erfassungsgemäß nur wenig erreicht, wohl aber verspreche ich mir Erfolg von einer umfassenden großzügig organisierten Propaganda durch die Führer der Landwirtschaft zugunsten der Ernährung unserer Kriegsindustrie-Arbeiter. Alle staatliche Regelung des Verbrauchs muß verfallen, wenn nicht die verständnisvolle, freiwillige Mitwirkung aller Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land zu Hilfe kommt, und jeder Deutsche im Innersten davon durchdrungen ist, daß diese Mitwirkung ebenso vaterländische Pflicht ist, wie die Hingabe von Leib und Leben im Kampf an der Front.

Wir begrüßen diese hoffentlich wirksame Aufforderung des Generalstabs an die Kreise, welche den großen Ernst der Zeit immer noch nicht begriffen haben; bestätigt doch der Brief Hindenburgs vollauf die von den Leitern der Bergarbeiter-

Table with 3 columns: Name, 1913/14, 1914/15. Lists various industrial groups and their membership numbers.

Wir könnten noch eine lange Reihe von Werksüberfällen anführen, aber die genannten genügen, um zu beweisen, daß die Bergwerks- und Sittenernehmer heute Betriebsgeinnine machen, wie sie so hoch noch nicht vorgekommen sind.

Nun sollen wieder die Kohlenpreise erhöht werden; im sächsischen Steinkohlenbergbau und im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sind teilweise bereits wieder Preisserhöhungen eingetreten.

Wenn die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen Lohnforderungen für die Belegschaften stellen, dann hören wir von Werkverwaltern den Einwand, die Arbeitergewerkschaft habe kein Recht, im Namen der Belegschaften zu sprechen.

Verteilt ihr nun endlich, Kameraden, worauf es ankommt? Ist die Mehrzahl der Arbeiter im Verband, dann werden die Werksbesitzer über die Lohnbedingungen verhandeln!

Die Gewerkschaften vor und während des Krieges.

Vom Erleben wollen wir reden, vom Erleben der Gewerkschaften in diesen furchtlichsten und gewaltigsten aller Kriege.

Als der Krieg ausbrach, zählten die Gewerkschaften in den Kulturländern mehr als 10 Millionen Mitglieder, hiervon entfielen auf Deutschland mehr als 3 Millionen, und darunter wieder rund 2 1/2 Millionen auf Verbände, die der Generalkommission der freien Gewerkschaften angeschlossen sind.

Einigkeit.

Einigkeit, du Göttergleiche, Vor dir beugen wir das Knie, Fortschritt herrscht in deinem Reiche, Tat- und Willensharmonie!

Alle Kleinen, alle Schwachen Scharen sich um deinen Thron, Kämpfen mit dem goldenen Drachen um gerechten Arbeitslohn.

Keiner weiche, keiner wankt, Keiner sei ein feiger Tropf! Weltum fliege ein Gedanke Und befruchte Herz und Kopf!

Frohe Menschen, Völkerfrieden, Gleiches Recht im Volksverband, Freiheit, sich sein Glück zu schmieden, Das erstrebt der vierte Stand.

Viktor Kalinowski.

Sähige deine Arbeitskraft.

In einem alten Tagebuche — es ist vor einem Vierteljahrhundert geschrieben — finden wir von einem jungen Bergarbeiter folgende beherzigenswerte Worte niedergeschrieben:

Aus den Gewerkschaften heraus haben sich in Deutschland hauptsächlich die Genossenschaften entwickelt; auch hier beherrschte die Mehrheit der Genossenschaftler der Geist, der aus den Gewerkschaften mit herausstrahlte.

Die Gewerkschaften suchten auch die Sozialgesetzgebung zu beeinflussen, die anfangs eigentlich gegen sie gerichtet war. Während die politische Vertretung der deutschen Arbeiterschaft, die sozialdemokratische Partei, sich in den Parlamenten um den Ausbau der anfangs sehr kümmerlich eingerichteten Sozialgesetzgebung kümmerte.

Die Gewerkschaften waren als Körperschaft stark in Mitleidenschaft gezogen. Bis zum 31. Oktober 1914 waren 681 005, und bis zum 30. Januar 1915 schon 780 000 freiwillig organisierter Arbeiter zum Militär eingezogen worden.

Jedemwo hatte ich gelesen, daß der Unternehmer, der Kapitalist, seinen Betrieb nicht errichtet, um aus menschlichen Arbeitern Brot und Arbeit zu geben, sondern daß das Streben des Unternehmers dahin geht, aus jenen Betrieben einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen.

Ich sehe es alle Tage. Wer zu jung zu schwach, wer krank oder invalide ist, wer zu alt ist oder einen Unfall erlitten hat, dem geht es schlechter wie dem arbeitsfähigen, kräftigen Menschen, der Vollarbeit leistet.

Und in dieselben Behörden, die ganz besonders in den letzten Jahren vor dem Kriege den Gewerkschaften in Belästigungen, nach Ausbruch des Krieges an sie herantraten und Fühlung mit ihnen suchten. Sie erboten Rat und Hilfe bei den Verbänden, um die Ernte einzubringen.

Wägen diese Schritte mit dazu beitragen, daß es besser wird, auch in den Reihen der Unorganisierten. Aus unserer vorstehenden Darstellung ersehen sie, was die Gewerkschaften geleistet haben.

Das Drängen auf Reform des Anknappschaffenswesens.

Der Krieg konnte dem Streben unseres Verbandes, auch auf Anknappschaffens Gebiete Verbesserungen zu erzielen, seinen Einhalt gebieten. Er hat, wie vor dem Kriege, so auch in der Zeit, wo dieser toll, alles getan, um die Rechte der Anknappschaffensmitglieder zu schmälern und zu erweitern.

Am 1. Januar 1914 waren auf den zum Allg. Anknappschaffensverein Vöckum zehrenden Vereinen allein 23 505 Deutscher beschäftigt.

Zur die zur Abklärung der gesetzlichen Minderjährigkeit Eingezogenen besteht ein Anspruch auf die Pensionenleistungen nur dann, wenn die Arbeitsunfähigkeit oder der Tod infolge der Teilnahme an einem vaterländischen Kriege eingetreten ist.

Unsere Vorstandskollegen traten nun in der Sitzung des Allg. Anknappschaffensvereins Vöckum vom 12. November 1914 dafür ein, daß die zum Kriegsdienst eingezogenen Reaktionslosenmitglieder der österreichisch-ungarischen Monarchie als beteiligt an einem vaterländischen Kriege im Sinne der Satzung zu betrachten seien, unter der Voraus-

zigen Reichtum, mein höchstes Gut, meine Arbeitskraft zu schützen. An alles das denke ich. Was soll ich tun? Gehe ich zu meinem Arbeitgeber hin oder zu meinem Stellvertreter und lege ihm meine Wünsche dar, so klar und vernünftig wie es eben geht, wird er dann freudig in meine Hand schlagen?

Das alles geht mir durch den Kopf und manches andere noch. Ich weiß, wo der Wille sich härter ausdrückt, ich weiß, was nötig ist, was die Schwäche des Einzelnen zu befeigen vermag.

gebung, das Oesterreich-Ungarn auch den in seinem Lande verkauften Dankschein zu seinen Landesangehörigen eingeräumten Vergünstigungen gewährt. Dieser Antrag wurde angenommen. Durch Eingaben unseres Verbandsvorstandes — unterstützt durch solche unserer österreichischen Bruderorganisation „Union“ — an die österreichisch-ungarischen Handelsministerien wurden auch den in Oesterreich-Ungarn verkauften Dankschein die den Angehörigen Oesterreich-Ungarn zu gebenden Vergünstigungen zugesichert. Unsere Vorstandsmitglieder können stolz darauf sein, durch ihren Antrag sowohl den hier verkauften Oesterreich-ungarischen Dankschein, als den in Oesterreich verkauften Dankschein ihre erworbenen Vorteile gesichert zu haben. Dies ist wirkliche internationale Solidarität.

In derselben Sitzung (12. November 1915) wurde der Antrag der Vorstandsmitglieder angenommen, daß auch das Krankengeld an im Kriege befindliche Mitglieder zu zahlen sei, wenn die Verwundung oder Erkrankung in den durch deutsche Truppen besetzten feindlichen Landesteilen erfolgt, daß also dieses Gebiet nicht als Ausland zu betrachten sei. Durch die Annahme dieses Antrags wurden Prozesse vermieden, die Mitglieder anderer Krankenkassen zu führen hätten, da man ihnen das Krankengeld verweigerte, weil sie im Auslande verwundet oder krank wurden. Dies alles wurde im Bochumer Knappschafferverein nicht allein verniedert, sondern man kann mit Recht behaupten, daß die Stellungnahme des Vorstandes in dieser Frage dazu beitrug, daß später durch Landesratsverordnung allgemein das heilige Gebiet nicht als Ausland angesehen und dadurch allen Differenzen über diese Streitfrage ein Ende gemacht wurde. Wir sehen, daß unser Verband und mit ihm unsere Kassen auf dem Posten waren und die Interessen aller Knappschaffensmitglieder bei ihnen gut aufgehoben sind.

Es ist ganz selbstverständlich, wenn der Vorstand des großen Bochumer Knappschaffervereins einen fortschrittlichen Standpunkt einnimmt, andere Knappschaffervereine dadurch gedrängt werden, Verbesserungen vorzunehmen.

In derselben Sitzung wurde auch der Rückzahlung der Beiträge zugestimmt für jene Knappschaffensmitglieder, die durch den Kriegsdienst arbeitsunfähig wurden, oder für die Angehörigen des zu Tode gekommenen, wenn sie noch keine Ansprüche auf Pensionsscheinstellungen haben. Wohl glaubte die Knappschaffensverwaltung die Angehörigen mit 75 Mark Sterbegeld betrieblieben zu können, aber gerade die vorerwähnte Zustimmung zur Rückzahlung der Beiträge trug zur Entschärfung des Oberbürgermeisters für Knappschaffenswesen in Berlin bei, daß in solchen Fällen nicht die 75 Mark Sterbegeld, sondern die Beiträge zurückzahlen seien. Der Verband und seine Kassen waren also auch hier auf dem Posten.

Wir erinnern dann an den Entwurf des Knappschaffenskriegsgesetzes. Seine Hebe war in diesem Sinne, daß die Anrechnung der Militärrenten auf die Knappschaffensrenten verboten werden sollte, auch sonst ließ der Entwurf sehr viel zu wünschen übrig. Die Vorstandsmitglieder des Bochumer Knappschaffervereins, sämtliche Angehörige unseres Verbandes, reichten unterm 12. Februar 1916 eine Petition ein mit Vorschlägen um Verbesserung des Gesetzentwurfes, die auch zum größten Teil im Knappschaffenskriegsgesetz berücksichtigt wurden. Also auch hier sehen wir wieder, daß es der Verband und seine Kassen waren, welche den Antrag gaben, daß der Gesetzentwurf verbessert wurde und das Knappschaffenskriegsgesetz den Bergarbeitern viele Vorteile bietet. Somit ist es dieser zu verdanken, daß heute die Militärrente neben der Knappschaffensrente gerächt wird. Große Summen sind dadurch den Kriegsinvaliden, die zugleich Vergünstigungen wurden, zugute gekommen, da verschiedene Knappschaffensvereine in ihren Statuten die Anrechnung getroffen hatten, daß die Militärrenten auf die Knappschaffensrenten anzurechnen seien und diese Bestimmungen durch Annahme unseres Antrags im Knappschaffenskriegsgesetz hinfällig wurden. Weiter brachten unsere Vorschläge den Erfolg, daß die in Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Diensten verbrachte Zeit sowie die auf die Entlassung aus diesen Diensten folgenden zwei Monate auf die Wartelzeit und auf das Dienstalter angerechnet werden, sowie weitere für die Bergarbeiter günstige Bestimmungen eingefügt wurden.

Schon seit Jahrzehnten ging das Streben der organisierten Bergarbeiter dahin, der Zersplitterung im Knappschaffenswesen ein Ende zu machen. Die Einrichtungen des Krieges machten die Schaffung eines Reichsknappschaffensgesetzes, die Bildung eines Reichsknappschaffensvereins erst recht nötig. Auf Anregung unseres Verbandes gingen, wie bei vielen anderen Bergarbeiterforderungen, während der Kriegszeit die vier Verbände geschlossen vor. Sie richteten am 18. September 1915 eine Eingabe an die ständigen Ausschüsse mitglieder und an die Generalversammlung des Allg. deutschen Knappschaffensverbandes, der am 28. September 1915 in München tagte und ersuchten, die Herren Delegierten möchten sich dahin aussprechen, daß eine Verschmelzung aller Knappschaffensvereine zur Verwirklichung des Knappschaffenswesens unbedingt erforderlich ist. Die Generalversammlung sprach sich zwar nicht direkt dafür aus, doch die im Laufe des Jahres 1916 vollzogene Verschmelzung von Knappschaffensvereinen zeigen, daß man unseren ins Feld geführten Gründen doch nichts Nachhaltiges entgegensetzen konnte.

Am 20. Oktober 1915 richteten die vier Verbände eine Eingabe an den Reichstag und Bundesrat, in der die Schaffung eines Reichsknappschaffensgesetzes gefordert wurde, zugleich, daß in diesem Gesetze die Anordnungen zur Verschmelzung der bestehenden Knappschaffensvereine zu einem Reichsknappschaffensverein aufgenommen werden solle. Unsere Kameraden Sachse und Hue vertraten mit Geschick und Energie diese Forderungen. Heute liegen die Petition der vier Verbände sowie die Eingaben der Vorstandsmitglieder und Kassen der größten Knappschaffensvereine Deutschlands, die sich unserer Petition anschließen, dem Reichstagskanzler zur Verwirklichung vor und haben die Bergarbeiter es nur der Organisation zu verdanken, wenn endlich in dem so reformbedürftigen Knappschaffenswesen Besserung eintritt. Dem unermüdbaren Vorhaben unserer Vorstandsmitglieder im Bochumer Knappschaffensverein verbanden es unsere Kameraden auch, daß das Honorar der Ärzte nicht erhöht wurde, ohne daß auch für die bedürftigsten Invaliden etwas herausgeholt wurde.

4 Millionen Mark überlag der Vergoanliche Verein auf Drängen der Kassen um Aufbesserung der Knappschaffensrenten dem Knappschaffensverein zum Zwecke einer Teuerungszulage für die Vermittler der Armeen. Es macht dies für die Kriegszeit eine Erhöhung der Invalidenrenten bis zu 8 Mark, der Witwenrenten bis zu 7 Mark aus, für alle die, welche das festgesetzte Einkommen nicht überschreiten. Die Witwen erhalten monatlich 1 Mark mehr.

Unsere Kassen in der Knappschaffensrentenkasse für das Königreich Sachsen und im Niederösterreichischen Knappschaffensverein gelang es gleichfalls, den durch die Kriegsteuerung so sehr volkreidenden Invaliden und Witwen monatlich erhöhte Bezüge zu sichern.

Man sieht also jenseit hieraus, daß ebenso wie in Friedenszeiten, auch während der bisherigen Dauer des Krieges vom Verband und seinen Kassen nichts vernachlässigt wurde, die Interessen der Knappschaffensmitglieder wahrzunehmen.

Im Bochumer Knappschaffensverein wünschen sowohl die Knappschaffensärzte wie auch die Verwaltung des Vereins sowie die Werkbetreiber, daß den in- und ausländischen Ärzten, ihren Hinterbliebenen Witwen- und Kindergehalt gezahlt werden. Dies alles soll durch einen neuen Vertrag geregelt werden. Als die Vorstandsmitglieder aus wohlwollenden Gründen diesen Vertrag ablehnten, drohten die Werkbetreiber mit der Aufhebung dieses Vertrages durch die Aufsichtsbehörde, das Oberbergamt. Die Vorstandsmitglieder sollten einen Vertragsentwurf annehmen, der den Ärzten ein hohes Ansehen zuführte und auch ihre Hinterbliebenen reichlich bedachte, um die Ärzte mehr zu binden, während man keine Neigung zeigt, den Forderungen der Mitglieder auf erhöhtes Krankengeld sowie ihren sonstigen Wünschen entgegenzukommen. Sibige Doppelpolemik entstanden wegen dieses Vertrages, langwierige Verhandlungen und Sitzungen folgten. Zurzeit weht schon ein anderer Wind. Die Herren Werkbetreiber sprechen nicht mehr von einer Aufhebung des Vertrages, sie scheinen auch gewillt zu sein, einer Krankengelderhöhung zuzustimmen und noch andere Zugeständnisse zu machen. Die Verhandlungen wegen des Vertrags gehen weiter und zeitigen vielleicht am Ende doch noch durch etwas Nachgiebigkeit von allen Seiten ein für die Kameraden günstiges Resultat.

All dieses zeigt uns, daß unser Verband, mit ihm unsere Kassen, ebenso wie in Friedenszeiten alles tun, um für die Knappschaffensmitglieder bessere Verhältnisse zu schaffen. Natürlich geht es nicht immer so wie man es wünscht, die Werke haben dieselbe Zahl Mitglieder im Knappschaffensverein wie die Arbeiter. Lehnen jene die

Anträge auf Verbesserungen auf der Generalversammlung ab, so helfen die besten Begründungen nichts. Nur wenn die Werkbetreiber durch vorherige Verhandlungen dazu gebracht werden, daß sie bereit sind, auf der Generalversammlung von Arbeiterschaft aus vorliegenden Vorschlägen zuzustimmen, ist Aussicht auf Erfolg vorhanden. Unsere Vorstandsmitglieder können und dürfen im Interesse der Kameraden sich nicht vom Gefühl leiten lassen, sondern ruhigen Blutes und mit praktischem Blick nach überlegt werden, wie man für die Kameraden in Bezug auf Krankengeld usw. das Beste herausgeholt kann.

Volkswirtschaftliche Rundschau.
 Ein Bauerführer gegen die Kellern.

Am 8. November fand in Regensburg eine Kriegsgesamtagung bayerischer Bauern statt, die einen Massenaufmarsch aus allen Teilen der Oberpfalz und aus Niederbayern aufwies. Von dieser Tagung beruht die „Münchener Post“, daß auch eine Anzahl Reichs- und Landtagsabgeordneter erschienen war. Die Führer des christlichen Bauernvereins, Dr. Heim und Dr. Schlittenbauer, sprachen ausführlich über volkswirtschaftliche Fragen. Dr. Heim rief sich u. a. besonders an der Berliner Regierung und äußerte dabei: Die Berliner Regierung gehöre gestraft dafür, daß sie mehrfach die Preise nachträglich erhöht habe. Die Verfälscher würde man büssen lassen, nicht die verkümmerten Bauern. Man sollte mit Entrüstungen gegen die Bauern überhaupt mehr sparen und sich gegen jene Kreise wenden, die mit ihren sorgenlosigen Geistes den reinfen Agenten der Engländer seien. (Verhässliche Bewegung im Saale.) Bayern habe einen Vertreter in Berlin, vor dem einem blau oder braun werden könne. Die Berliner sagen: „Unser Prüßeln ist, Dummheiten zu machen.“ (Heiterkeit.) Mit aller Schärfe wendete sich Dr. Heim gegen den Schleichhandel der Städte, der uns noch das größte Unheil bringen werde. In die Maltersdorfer Gegend werde allwöchentlich ein Soldat beurlaubt,

Leistungen unseres Verbandes.

Das Bestreben unseres Verbandes ist nicht nur auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, des Knappschaffenswesens, des Arbeiterstandes, der sozialen Beschaffung, Rechtsprechung, Verwaltung ufm. gerichtet, seine Mitglieder werden auch in den Vorklagen des Lebens finanziell und in anderer Weise unterstützt. Die Mitglieder erhalten aus dem Verbandsvermögen folgende Bildungsmittel und Unterstützungen:

1. eine wöchentlich erscheinende Zeitung;
2. agitatorisch und belehrend wirkende Flugschriften;
3. ausreichenden, unentgeltlichen Rechtsschutz in gewerblichen und solchen Streitigkeiten, welche sich auf das Unfallversicherungs-, Haftpflicht-, Invaliden- und Krankenversicherungsrecht beziehen oder in welche die Mitglieder infolge ihrer Verbandsmitgliedschaft geraten, wie auch bei Anklagen wegen Verletzungen gegen § 153 der Gewerbeordnung;
4. Sterbegeld für das Mitglied und dessen Frau, im einzelnen Fall nach Mitgliedsdauer und Beitragsleistung bis zu 120 Mark;
5. Arbeitslosenunterstützung nach Mitgliedsdauer und Beitragsleistung bis zu 2,40 Mt. pro Tag der Arbeitslosigkeit;
6. Krankenunterstützung nach Beitragszahlung bis zu 0,70 Mark pro Tag;
7. Genesungsunterstützung nach Beitragszahlung bis zu 18 Mt. pro Woche, für jedes der Schule noch nicht entwachsene Kind bis zu 1 Mark;
8. Streikunterstützung nach Mitgliedsdauer und Beitragsleistung bis zu 17 Mt. pro Woche und für jedes der Schule noch nicht entwachsene Kind bis zu 1 Mark.

In den Jahren 1905 bis einschließlich 1915 verausgabte unser Verband (in Mark) für

Sterbegeld	513 181,95 Mt.
Genesungsunterstützung	502 372,83 "
Streikunterstützung	7 070 207,80 "
Arbeitslosenunterstützung	334 276,38 "
Krankenunterstützung	2 875 604,53 "
Rechtsschutz	1 031 090,31 "
Kriegsunterstützung	850 593,05 "
Zusammen	13 507 407,21 Mt.

In Kriegsunterstützung sind einschließlich der drei Vierteljahre 1916 insgesamt

948 388,30 Mark

ausgezahlt worden. Die vorstehend erwähnten Zahlen sprechen für sich, sie zeigen, wie der Verband seinen Mitgliedern in den verschiedenen Vorklagen des Lebens eine kräftige Stütze ist. Und doch sollen die Kameraden nicht allein um der Unterstützung willen sich der Organisation anschließen. Die Unterstützungen nebenbei sind uns für den Verband bedeutsam, was ihn stärken soll, das muß der Wille der Kameraden sein, den großen Kampf mitzutämpfen, der die Bergarbeiter einer besseren Zukunft entgegenführen soll.

Hoch der Verband!

offenbar nicht etwa deshalb, weil er der Werbravste sei, sondern um für Vorgesetzte hamstern zu können. In den Eisenbahngängen sagten die Leute zu einem: „Stoßen Sie mich nicht an, ich trage Eier bei mir!“ (Witzfache Zustimmung.) An die Bauern richtete Dr. Heim die energische Mahnung: „Reber, der die jetzige Zeit bewahrt, um andere Volksgenossen auszunutzen, nimmt Mitleid.“ (Eifriges Schweigen.) Für den im Reichstag geforderten Produktionsgang der Landwirtschaft hatte Dr. Heim nur Worte des Spottes übrig. Die bayerische Regierung sei, so erklärte Dr. Heim weiter, gegenüber der Reichsregierung ungeschickt entstanden gewesen. Es gebe heute kein größeres Verbrechen, als Lebensmittel zu verkümmern zu lassen, was durch eine Reihe falscher Maßnahmen tatsächlich geschehen sei. Man sollte eine Kommission bilden, die das Hängen befrage. (Stürmische Heiterkeit.) Zum Schluss bemerkte Dr. Heim: Auf dem Lande mache man sich auch viel zu sehr die Vorklagen über die Städte. Man solle aber an die vielen tausende Arbeiter denken, die in der Schwerindustrie, in den Bergwerken und sonstigen Unternehmungen 12 Stunden während des Tages arbeiten müßten. Auch die Reichsministeren dürfe man nicht vergessen. „Wäre es“, so fragte er die Anwesenden mit erhobener Stimme, „etwas besser, wenn der Reichstag ins Land käme? In der jetzigen Zeit der Hungertötung wäre dies nicht mit Wucher gekaufte werden!“ Wie seien heute noch nicht auf dem Tiefstand der Ernährungsschwierigkeiten angelangt. Dem deutschen Volke müsse in dieser Beziehung die Wahrheit gesagt werden. Das Durchhalten sei aber gegenüber der brutalen Englandherrschschaft unvermeidlich. Im jetzigen Kampfe auf Leben und Tod müsse man weiter zusammenstehen.

So weit der Bericht der „Münchener Post“. Dr. Heim ist als bauerwirtschaftlicher Draufgänger bekannt, der die Kruppen, vor allem ihre Regierung und deren sogenannte Staatskassen nicht gut leiden mag. Ueber sie haben wir auch schon früher in der Ernährungsfrage manches drastische Wort aus dem Munde Heims gehört. Aber daß er mitunter seine eigenen Landsleute nicht schon, ergeben wir ja aus dem Verbandsberichtsbericht. Er ist ein guter Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse und Führer eines sehr regsamem christl. Bauernvereins in Bayern. Seine Worte haben darum in landwirtschaftlichen Dingen etwas zu gelten. Im übrigen werden die Bauern in dieser Kriegszeit auch in anderen Kreisen einer scharfen Beurteilung unterzogen. So schrieb jüngst jemand in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“:

„Meine Gemeininn auf Land! Ein Zufall führte mich aufs Land in eine Versammlung von Landwirten, Gemeinrentenerben- und dergleichen. Vom rationalen Gemüßbau und anderem war die Rede.“

Was mir auffiel, war der vollständige Mangel an Beziehung zu den Kriegsverhältnissen der bäuerlichen Bevölkerung in den besprochenen Beratungen. Die Frage der Erzeugung von Lebensmitteln erließ einzig und allein in der Betrachtung des zu erlangenden Gewinnes, die Ermüdung der Landwirte zum Aufbau von diesem und jenem wurde immer nur unter Hinweis auf die unter den obwaltenden Verhältnissen sicher zu erwartende hohe und noch höhere Rentabilität. Da frag ich mich ernstlich: Müßten denn wirklich unsere Landwirte von dieser Seite angepaßt werden? Können sie keine anderen Erwägungen und Rücksichten? Keine Pflichten des Gemeininn? Fast scheint es so, von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen.“

Wie ein Feldgrauer spricht.
 Folgendes „Eingefandl“ veröffentlicht der Graubitzer „Gesellige“:

„Man kann jetzt Biers in den Zeitungen lesen, daß für verschiedene wichtige Nahrungsmittel die Preise erhöht werden, um die Produktion anzuregen. Wir können also die betreffenden Nahrungsmittel erzeugen; verhindern jedoch die Produzenten nicht genügend, dann ruht die Herstellung oder die Grundstoffe werden zu anderen Zwecken verwendet. Es ist uns — ich spreche im Plural — denn so wie ich denken Hunderttausende hier brauchen, ungerichtlich, daß Leute, deren Eigentum von den Soldaten mit absoluter Todesverachtung unter unerhörten Anstrengungen und Leiden gegen den Feind gekämpft wird, daß diese Leute als Christen nicht soviel Nächstenliebe besitzen, auf hohen Gewinn zu verzichten, um ihren toten Mitbürgern zu helfen. Welcher Gewinn lodte unsere Millionen von Freiwilligen, ihr Hab und Gut zu verlassen und ihr Leben fürs Vaterland, für den Schutz der Zurückgebliebenen zu opfern. Sollte mit ihnen auch die deutsche Nachschaffensart und Ehrlichkeit gefallen sein? Ein einzelner dieser verborgenen und offenen wuchernden Schlingel wiegt tausende von Feinden auf. Die Entrüstung über diese Menschen, die sich mühelos reich zu machen trachten, vergrößert die Stimmung unserer Soldaten mehr als alles andere. Ist es nicht bezeichnend, daß wir hier bei Feinden besser und billiger einkaufen als bei hier anfälligen deutschen Kaufleuten? Eine Gewinnjagd, die fast hier krankhaft bezogen werden muß, hat verschiedene Schichten unserer Bevölkerung ergriffen, und Gut ab vor den einzelnen, die ungenügend wirken, kein Orden kann sie mehr auszeichnen als die allgemeine Achtung ihrer Mitmenschen. Ein Pionier aus dem Felde.“

Verteilte Kartoffeln.

Der Landrat des Altkreises Kreis gibt bekannt: „In der Frage der Verteilung der Kartoffelvorräte sei ihm bekannt geworden, daß Kartoffelherzeuger Kartoffelmieten einnehmen und Verpflichtungen, so daß sie nicht erkennbar seien. Er fordere die Kreisbewohner auf, alle Fälle der Verheimlichung dem Landrat anzugeben, damit gegen die „ehrenlosen Besitzer“ so vorgegangen werden könnte, wie es das Wohl der Allgemeinheit und die Strafgesetze erfordern.“

Heraus mit den Kartoffeln!

Der Landrat des Kreises Westau schreibt im Kreisblatt: „Die Kartoffelabgabe wird von den Anbauern vielfach noch verzögert in der Annahme, daß die Preise höher werden. Ich weise nochmals nachdrücklich darauf hin, daß nach der deutlichen Erklärung des Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamtes eine Erhöhung der Kartoffelpreise unter allen Umständen ausgeschlossen ist. Wegen Stümme wird jetzt mit aller Schärfe mit Zwangsmitteln vorgegangen. Es wird auch noch darauf hingewiesen, daß der Erzeugerhörspreis für Kartoffeln 4 Mt. pro Zentner ist und nicht 4,75 Mt., wie vielfach angenommen und bei Lieferungen verlangt wird.“

Nachrichten aus der Montanindustrie.
 Ueber die Kriegsgewinne in der Bergwerks- und Hüttenindustrie

bringt Herr Dr. K. Rincker im „Berliner Tageblatt“ (Nr. 597) eine Zusammenstellung, aus der sich ergibt, daß die Betriebserträge in dem Kriegsjahr 1915/16 sogar noch erheblich höher waren als in dem Hochkonjunkturjahr 1912/13. Es verzeichneten (in Millionen Mark):

	1915/16		1912/13	
	Mh. geuinn	Ab. Dividende	Mh. geuinn	Ab. Divid.
Phoenix	40,7	13,9	20	16,5
Bochumer Verein	22,6	5,2	25	2,4
Rhein. Stahlwerke	12,2	7,2	10	5,2
Hohe	12,6	4,7	20	5,7
Deutschn-Luxemburg	32,9	22,9	7	16,1
Münch-Griech	16,6	6,5	10	4,8
van der Byen	17,3	3,7	25	1,1
Konrad	—	3,5	8	3,9
Wannemann	31,5	3,8	1,7	2,6
Gelsenf. Gußstahl	6,0	1,5	2,5	0,2
Gußstahlwerk Witten	6,0	1,2	2,7	0,6
Süppel Eisenwerk	7,7	2,0	10	1,3
Charlottenhütte	3,2	1,5	1,6	0,7
Hochseifenwerk Lübeck	4,2	1,3	10	1,1
Lehrhütte	13,6	6,0	10	1,5
Zürchhütte	11,8	4,8	25	4,1

Diese sogar dem Jahre 1912/13 gegenüber weitgehend verbesserten Ertragsgrößen, die dazu zum Teil noch um die bereits vorher abgegebene Kriegsgewinnrücklage gekürzt wurden, sind mehreren Umständen zu verdanken, von denen die seitens der Kriegsverwaltung gezahlten hohen Preise für Kriegsmaterial ausschlaggebend sind.

Steigende Ueberflüsse in der Kaliindustrie.

Die Erhöhung der Kalipreise haben die Geschäftsbuchführer der Werke recht günstig beeinflusst. Das Kaliwerk Alexandershall (Werla) verzeichnet folgende Vierteljahrsüberschüsse (in Mark):

	1916	1915	1914	1913
1. Vierteljahr	435 307	189 792	550 629	569 991
2. Vierteljahr	168 600	44 296	314 176	305 211
3. Vierteljahr	519 997	83 274	93 339	436 823
4. Vierteljahr	—	186 000	142 000	365 000
Zusammen etwa	—	503 000	1 100 000	1 677 000

Das letzte Vierteljahr brachte mithin höhere Ueberflüsse als dieselbe Betriebszeit sogar 1913. Glück auf. Sondershausen machte im 3. Vierteljahr 1916 allein 907 173 Mt. Ueberflufs, insgesamt in den ersten 9 Monaten d. J. 1 685 794 Mt.

Vom Kaliumsalz wird berichtet: Der Absatz hat sich in letzter Zeit weiter günstig entwickelt; auch für den Monat Oktober ist eine Steigerung des Absatzes gegenüber dem Vorjahre zu erwarten; der Gesamtabsatz für das Jahr 1916 wird auf 150 bis 160 Millionen Mark geschätzt.

Deutschlands Hoheisenerzeugung.

Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Hoheisenerzeugung im deutschen Zollgebiet (in 1000 Tonnen):

	1914	1915	1916
Januar	1566	874	1078
Februar	1447	803	1033
März	1692	938	1114
April	1534	938	1073
Mai	1607	985	1112
Juni	1531	969	1081
Juli	1581	1047	1134
August	587	1050	1145
September	580	1084	1116
Oktober	720	1076	1161
November	788	1019	—
Dezember	854	1029	—

Wir stehen heute so ganz weit hinter den Rekordziffern in Friedenszeiten nicht mehr zurück.

Flotter Abfafs und Preiserhöhungen.

Ueber den fächlichen Kohlenmarkt wird berichtet: Der die Bahnerladungen seit Mitte September beeinflussende Wagenmangel hat sich wenig gebessert. Die Nachfrage in sämtlichen Gärten. Heizungsmaterial ist unverändert lebhaft geblieben. Am 1. November haben die Werke Brändenberg-Steintohlenbauverein und Gewerkschaft

Morgens im Bredaer, und Bodwa-Hohndorf-Bereitstellung im Oeldiner Revier, welche Steinofenbrennerei fabrizieren, den Verkaufspreis um 40 und 45 Mark pro Doppelwagen erhöht; auch einzelne Werke haben für Braunkohlenbrennerei Erhöhungen von 6 bis 8 Mark pro Doppelwagen eintreten lassen. Auch hier sind Lohn-erhöhungen möglich, notwendig auf alle Fälle. Sie werden auch kommen, wenn sich die Bergarbeiter einig sind und sich dem Verbande anschließen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften seit 1881.

Jahr	Mitglieder	Einnahmen	Ausgaben	Vermögen
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
1881	277 659	1 110 588	1 608 884	425 845
82	287 094	2 081 022	1 788 271	648 415
83	328 580	2 246 860	2 088 025	800 579
84	340 494	2 685 584	2 185 808	1 319 205
85	250 176	3 080 803	2 498 016	1 840 487
86	320 280	3 016 444	3 328 718	2 328 878
87	412 350	4 088 690	3 542 807	2 951 425
88	498 742	5 508 067	4 270 720	4 878 818
89	580 478	7 887 154	6 480 870	5 577 547
90	680 427	9 454 075	8 088 021	7 745 002
1901	877 510	11 722 720	8 067 108	8 708 888
02	783 200	11 097 744	10 005 528	10 258 550
03	987 998	10 419 591	18 724 856	12 973 728
04	1 052 108	20 100 030	17 738 758	16 109 908
05	1 344 808	27 812 257	25 024 254	19 685 850
06	1 680 709	41 802 030	38 088 418	25 512 884
07	1 885 506	51 398 784	48 122 519	38 242 545
08	1 881 731	48 544 896	42 087 516	40 839 791
09	1 932 067	50 520 114	46 264 031	48 490 982
1910	2 017 208	64 872 190	57 928 560	52 575 505
11	2 320 986	72 088 957	60 025 080	62 105 821
12	2 530 890	80 238 575	61 105 875	80 797 786
13	2 548 763	82 005 580	74 904 982	85 089 295
14	2 552 877	70 871 954	87 547 273	81 415 535
15	1 146 259	41 508 227	84 988 864	?

Am 31. Dezember 1915 waren 2 220 867 Mitglieder zum Vereinsrecht eingezogen, das ist rund die Hälfte aller freiorganisierten Mitglieder. Und immer wieder werden neue Mannschaften aus dem Lager der Gewerkschaften geholt, kein Wunder also, wenn sich deren Reihen stark gelichtet haben. Soweit wir orientiert sind, haben eine Anzahl Verbände besonders in letzter Zeit die größten Anstrengungen gemacht, um die Eingezogenen durch neue Mitglieder zu ersetzen. Diese Agitation soll nicht ohne Erfolg gewesen sein. Immerhin wird der Krieg nicht vorübergehen, ohne Verluste für die Gewerkschaften gebracht zu haben, auch wenn die eingezogenen Mitglieder nach Friedensschluss zurückkommen. Viele sind gefallen, viele zu ständigen Krüppeln geworden, aber die Verbleibenden werden ausreichen, um den deutschen Arbeitern weiter gleichen Schutz zu bieten, wie das vor dem Kriege war. Wenn die in Deutschland in der Arbeit verbleibenden Mitglieder nur ihre Pflicht tun, wenn sie unermüdet daran gehen, die Inorganisierten zur Organisation heranzuziehen, dann ist uns um die Zukunft nicht bange.

Von den Unterstützungen der Gewerkschaften.

In den Kriegsjahren 1914/15 haben die Gewerkschaften folgende Unterstützungen gezahlt:

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung:	1914		1915	
	Insgesamt	pro Kopf	Insgesamt	pro Kopf
Freie Gewerkschaften	24 721 706	12,06	8 587 888	3,13
S.-D. Gewerksvereine	510 588	8,26	101 705	2,01
Christl. Gewerkschaften	877 011	4,04	187 140	1,51

Streik- und Vermögens-Unterstützung:	1914		1915	
	Insgesamt	pro Kopf	Insgesamt	pro Kopf
Freie Gewerkschaften	6 061 485	2,95	245 203	0,21
S.-D. Gewerksvereine	318 042	4,10	110 093	1,81
Christl. Gewerkschaften	387 874	1,10	15 138	0,09

Sonstige Unterstützungen einschl. Rechtschutz:	1914		1915	
	Insgesamt	pro Kopf	Insgesamt	pro Kopf
Freie Gewerkschaften	48 101 811	23,44	17 848 550	15,57
S.-D. Gewerksvereine	1 016 168	7,85	160 853	2,63
Christl. Gewerkschaften	2 402 070	8,50	1 035 444	8,23

Die Ausgaben für Streiks und Maßregelungen gingen 1915 gegen 1914 und noch mehr gegen frühere Jahre zurück, da längere und bedeutendere Streiks während des Krieges kaum oder nicht zu verzeichnen waren. Ebenso nahmen die Ausgaben für Arbeitslose im Jahre 1915 rapide ab, was damit begründet ist, als durch die fortgeschrittenen Einziehungen statt Arbeitslosigkeit Arbeitermangel eintrat. Aus den Tabellen selbst ergibt sich, daß die freien Gewerkschaften trotz Mitgliederzunahme ganz hervorragende Unterstützungssummen in den beiden Kriegsjahren verausgabten.

Internationale Rundschau.

Zwei Kriegsbeher.

In Cardiff, dem großen Hafenplatz in Südwest, sollte Anfangs November eine Versammlung englischer Friedensfreunde stattfinden. Der sozialdemokratische Abg. MacDonald hatte das Meserat übernommen, die Bergarbeiterführer Winston und Abg. Thomas wollten gleichfalls im Sinne des Friedens reden. Die Versammlung wurde aber durch eine nach vielen Tausenden zählende Menge fanatisierter Menschen gesprengt, die Versammlungsorganisator mißhandelt. Das liberale Blatt „Manchester Guardian“ beurteilt die Versammlungsprengung scharf und erklärt, der Plan zu diesem Gewaltakt sei von den im Cardiffer Revier herrschenden Bergwerks- und Schiffsbesitzern entworfen worden, die große finanzielle Interessen am Kriege haben! — Uns interessieren hier speziell die beiden Persönlichkeiten, die als Leiter der Sprengkolonnen auftraten. Es waren ein gewisser „Kapitän“ Lupper und Stanton, ein Bezirkssekretär der walisischen Bergarbeiter und Nachfolger des leider verstorbenen Kriegsgenossen Reir Gardie im britischen Parlament. Lupper und Stanton haben in den Jahren vor dem Kriege die britischen Arbeiter zu anarchistisch-fantastischen Forderungen angeregt, das war ihre Spezialität. Die geordnete, überlegene Gewerkschaftsarbeit wurde von den Weibern als „berufsmäßig“ beschimpft. Die älteren Gewerkschaftsführer wurden von Stanton und Genossen als pfaffenmännliche, unternehmerfreundliche Kreaturen hingestellt, die sich von dem Geld der Arbeiter ein gutes Leben machen. Stanton war der überragendste Führer des britischen Bergarbeiterbundes, die Kameraden Edwards, Abraham, Ashton, Smilie, Onions usw. wurden von Stanton häufig als quasi Arbeiterverräter verdächtigt. Häufig so agitierte der „Kapitän“ Lupper unter den Seelenten. Und diese beiden übernatürlichen Stoffflappen arbeiten nun in Gemeinschaft mit Bergwerks- und Schiffsbesitzern gegen die Friedensfreunde in England, organisieren Kolonnen zur Sprengung von Friedensversammlungen und beschimpfen die Friedensfreunde als Vaterlandsfeinde! Diese beiden Kriegsbeher sollten in das schlimmste Krommelfeuer gestellt werden. Aber sie halten sich weit vom Schuß.

Kameraden, agitiert für den Verband!

Von den Aufgaben, die uns bevorstehen!

Kameraden, Bergarbeiter! Die Gewerkschaften, darunter auch unser Bergarbeiterverband, haben vor und während des Krieges im Interesse der Arbeiterschaft eine Tätigkeit entfaltet, deren günstige Wirkungen sich jedem unbefangenen Beobachter stark aufdrängen. Aber nicht nur die Vergangenheit und Gegenwart haben die Gewerkschaften stark in Anspruch genommen, nein, gewaltige Leistungen müssen von diesen auch in der Zukunft überbracht werden.

Nach wie vor müssen die Gewerkschaften zur Erhaltung des Friedensgedankens beitragen, damit eine baldige Beendigung des Krieges herbeigeführt wird. Die Gewerkschaften müssen auch darauf hinarbeiten, daß die Bedingungen, unter denen ein Frieden zustande kommt, solche sind, die zukünftige Kriege möglichst ausschließen. Die Kulturvölker müssen auf einen Standpunkt gebracht werden, bei dem sich der friedliche Wettbewerb unter- und nebeneinander ermöglichen läßt. Daß es soweit kommt, dazu können auch die Organisationen der Arbeiter ihr Teil beitragen.

Aber auch andere Aufgaben reifen für die Gewerkschaften heran. Da gilt es, die Umwälzung der Kriegs- zur Friedenswirtschaft vorzubereiten. Es muß ferner die Gesetzgebung den kommenden Zeitverhältnissen angepaßt werden. Alte, morsche Gesetze — um nur eins zu nennen, z. B. die Gesindeordnung — müssen beseitigt, bessere an ihre Stelle gesetzt werden. Die Landwirtschaft, die während des Krieges skrupellos ihre Interessen zu wahren suchte, muß, wie das kapitalistische Manchestertum, lernen, daß sie auf ihre Mitmenschen Rücksicht zu nehmen hat. Das wird am besten auch dadurch gefördert, wenn der Landwirtschaft genau wie der Industrie starke Organisationen der Landarbeiter entgegengestellt werden.

Es muß dafür gesorgt werden, daß die Angestellten in privaten, sowie die Arbeiter und Beamten in staatlichen und kommunalen Betrieben gleichfalls volles Koalitionsrecht erhalten, was sich bezüglich dieses Rechtes und der Vereinigungsbildung auch den gewerblichen Arbeitern noch hindern in den Weg stellt, muß mit befristet werden. Einer Änderung bedarf das Arbeiterrecht im Arbeitsvertrag, das heute nicht mehr der Zeit entspricht. Dann ist die Frauarbeit zu einem schweren Problem in herausgewachsen; heute zählen wir in den gesamten Betrieben ebensoviel Frauen und Mädchen als Männer. Diese Frauenarbeit, besonders in der Schwerindustrie, birgt große Gefahren für die Arbeiterklasse und darf deshalb in ihren gefährlichen Arten und in dem heutigen Umfang auch nach dem Kriege nicht auf die Dauer beibehalten werden. Aufgaben erwachen den Gewerkschaften in der Frage der Unterbringung der zurückkehrenden Soldaten, vor allen Dingen in der Versorgung der Kriegs-Früppel, die in die Hunderttausende zählen werden. Hier bedarf es einer zufriedenstellenden Regelung der Unterstützungen sowie Verteidigung der Rechte der Invaliden und Krüppel bei Aufrechterhaltung und Erlangung der Renten. Wichtig wird auch die Regelung der Einwanderung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter sein.

Die Gewerkschaften müssen mit auf eine Erweiterung der Volksrechte hinarbeiten und auf die Durchführung einer besseren und friedlicheren Handelspolitik. Dann kommen die Steuerfragen und vieles andere noch, wo auch die Gewerkschaften ihren Mann zu stellen haben. Klugheit wird sich die Arbeit häufen. Soll sie bemächtigt werden, soll für die Arbeiter etwas Ersprießliches erzielt werden, dann müssen nicht nur die Gewerkschaften durch Zuziehung von Unorganisierten gestärkt werden, sondern es ist auch darauf zu achten, daß in den Organisationen der Arbeiter selbst der Geist der Einheit und der Wille zur Arbeit nicht erlahmt. Den leider immer noch in Mengen vorhandenen Mörglern und Spintifirern auch in unsern Reihen muß der Standpunkt klargemacht werden, daß eine so große Zeit mit ihren schweren, gewaltigen Verpflichtungen auch für die Arbeiterklasse nicht dazu angetan ist, fruchtlose Diskussionen anzufangen und fortzusetzen. Schaut, Kameraden, auf die angebotenen Riesenaufgaben, da hat jeder seine Arbeit. Darum handelt!

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zwangsarbeitsnachweis und Schlichtungsverhältnis.

In der Bergpresse finden wir häufig Angaben über „freiwillige Feierschichten“ der Belegschaftsmitglieder. Manchmal sieht es nach den angegebenen Ziffern, die natürlich auch noch besonders zur Kenntnis der Behörden kommen, aus, als ob unter den Bergarbeitern eine „arme Hummel“ herrsche und dadurch ein erheblicher Ausfall an Förderung entstände. Es ist selbstverständlich, daß es unter Hunderttausenden auch Arbeiter gibt, denen es auf eine Feierschicht nicht ankommt. Wir haben aber früher schon nachgewiesen, daß manche sogenannte „Hummelschicht“ gar nicht als solche betrachtet werden kann. Kommt z. B. plötzliche Krankheit in der Familie vor und wohnt der betr. Arbeiter weit von der Zeche, so kann er sich nicht rechtzeitig abmelden und im Zechejournal wird eine „Hummelschicht“ mehr eingetragen, denn die nachträgliche Abmeldung wird sehr häufig nicht gelten gelassen. Wieviele tatsächliche Krankfeierschichten als „freiwillige Feierschichten“ gebucht werden, wäre auch einmal allgemein festzustellen. Wir wissen z. B. von einer Zeche im Ruhrgebiet, daß dort auch nachweisliche Krankfeierschichten nicht als solche verbucht worden sind. Bei dem jetzigen Arbeitermangel und der Notwendigkeit, für Gees-, Industrie- und Hausbedarf die nötigen Kohlen zu fördern, ist es begreiflich, daß die Behörden auf das regelmäßige Schichtenverfahren sehen und danach trachten, Förderverluste soviel wie nur eben möglich zu verhindern. Jeder Kenner der Lohn- und Feuerungsverhältnisse weiß, daß schon die kolossale Nachzahlungsmittelversteuerung den Arbeiter zwingt, seine Schichten regelmäßig zu verlassen. Darüber weit hinaus werden auch Leberfeierschichten geleistet. Wir wissen allerdings, daß die Arbeitsleistung in Leberfeierschichten nicht entfernt so hoch sein kann als in der regelmäßigen Schicht. Der Körper ermüdet bei der schweren Arbeit außerordentlich und eine genaue Nachprüfung würde nach unserer Überzeugung ergeben, daß die Arbeitsleistung durch unbeschränktes Verlassen von Leberfeierschichten auf die Dauer nicht auf der früheren Höhe bleiben kann. Der wirtschaftliche Wert der Leberfeierschichten ist eben viel geringer als Unternehmer und Behörden annehmen. Die Hauptfrage für die Leistungshöhe ist das Einhalten der regelmäßigen Schichten. Darum möchten wir auf Schichtverhältnisse aufmerksam machen, zu denen die Arbeiter förmlich gezwungen werden! Bekanntlich besteht für die Bergarbeiter im rhein-westfälischen Industriegebiet der Zwangsarbeitsnachweis des Bergbauamtes. Ohne einen Nachweis des Zwangsarbeits-

nachweises darf kein abziehender Bergarbeiter von einer Zeche abgeholt werden. Diesen Nachweis, oder Leberfeierschichten, hat sich der Arbeiter von dem Bezirksbureau des Zwangsarbeitsnachweises zu holen. Dadurch entsteht häufig folgendes: Arbeiter, die nicht am Ort oder in unmittelbarer Nähe des Bezirksbureaus des Zwangsarbeitsnachweises wohnen, am Monatschluß nach abgelaufener Abrechnungsfrist auf der neuen Arbeitsstelle anfahren wollen, müssen unter Umständen eine Schicht feiern, weil sie sich einen Leberfeierschichten zu verschaffen haben! Nicht wenige Orte liegen so weit von dem Ort der Zeche, daß der Zwangsarbeitsnachweis entfernt, daß die betr. Arbeiter die Bahn benutzen müssen, um bei der Zeche abzureisen zu werden. Dadurch erwachsen den Leuten nicht nur Fahrkosten, sondern häufig geht ihnen auch eine Schicht verloren! Die betr. Bergleute werden durch den Zwangsarbeitsnachweis gerade an dem Verfahren ihrer regelmäßigen Schichten gehindert, weil es ihnen nicht möglich macht, gleich am Tage nach der Abreise von der einen auf der anderen Zeche anzufahren. Das ist eine Nebenwirkung des Zwangsarbeitsnachweises, die gerade in gegenwärtiger Zeit doppelt lächerlich ist. Wer weiß wieviele unfreiwillige Feierschichten werden durch dieses System den Arbeitern aufgebürdet und sie erleben Lohnverluste. Ist es notwendig, daß dieses System aufrechterhalten bleibt? Ganz gewiß nicht. Die Arbeiter haben seit seiner Einführung immer wieder gegen dieses Zwangssystem protestiert.

Abgewehrt.

Bezugnehmend auf unsere Notiz in der letzten Nummer: „Die Freizügigkeit der Bergarbeiter aufgehoben?“ sei heute folgendes ergänzt: Das Generalkommando Münster hat uns am Dienstag noch beauftragt, daß der fragliche Anschlag nur vom Bezirkskommando Dortmund und auf den Zechen bekannt gemacht werden wäre und daß Anordnung getroffen sei, daß er überall befristet würde. Als wir dann Mittwoch trotzdem noch dem Generalkommando mitteilen mußten, daß auf Zeche General Blumenthal III und IV bei Heddinghausen der Anschlag erst auf neue angeordnet worden wäre, auch da versprach das Generalkommando, sofort für Befestigung zu sorgen. Am gleichen Tage wurde uns aus Dortmund mitgeteilt, daß der Anschlag zwar befristet ist, aber auf den Zechen und vom genannten Bezirkskommando ganz nach dem angeforderten Anschlag verfahren würde. Die gleiche Nachricht wurde uns aus Essen gemeldet, trotzdem dort der fragliche Anschlag seitens des Bezirkskommandos gar nicht zum Ausdruck gekommen war. Wir riefen das Generalkommando an, teilten diese Tatsachen mit und baten nochmals um Hilfe. Das Generalkommando befristete dann, daß an alle Bezirkskommandos sofort die telegraphische Anweisung ginge, daß die Beordnung zurückgezogen wäre und der alte Zustand in bezug auf Arbeitswechsel für Melaminierte bleiben soll. Auf der Zeche General Blumenthal hing aber der Anschlag am Freitag immer noch aus. Wir haben das wieder dem Generalkommando mitgeteilt und es wollte da ebenfalls für Remedur sorgen. Den Melaminierten bleibt also nun ebenfalls die Freiheit, die Zeche zu wechseln, nur muß seitens des neuen Arbeitgebers der betreffende Mann sofort beim Bezirkskommando reklamiert werden, oder der betreffende, der die Arbeit wechseln will, muß seine Melamination beim Bezirkskommando persönlich einreichen und regeln. Wir bitten die Kameraden, danach zu verfahren und uns irgendwelche Hinweisen, die eintreten sollten, sofort nach Bochum zu melden. Die Proteste aus den verschiedenen Zecheinstellen, die uns dem Anschlag halber zugegangen waren, sind durch vorstehende Regelung vorläufig erledigt.

Das Generalkommando teilt uns noch weiter in einem Schreiben mit, daß die Anschläge auf ein Mißverständnis hin zum Ausdruck gelangt seien. Die im Anschlag ausgesprochene Verurteilung habe nur oberprüfenden Arbeitern gegolten, die im Nachhinein an die vom Bezirkspräsidenten von Dippelungen mit veranlaßter Umwanderung nach ihrer Heimat verhindert werden sollten. Es schreien Erwägungen, auch für die ostpreussischen Arbeiter die Ausnahmebestimmungen fallen zu lassen.

Kriegswühler.

Bürgerliche Blätter machen darauf aufmerksam, daß der wegen Betrübelschuldungen im Osten verhaftete Hauptbeschuldigte ein junger Mann von 25 Jahren ist, der es verstanden hat, während der Kriegszeit sich 1 1/2 Millionen Mark zu „erwerben“, und der sich ein Milteigut gekauft hat. Wie sanft er bisher angepaßt worden ist, beweist folgendes Beispiel: An 100 Zentner Malzstoffer hatte er 4000 Mark „verdient“. Als er wegen Kriegswühlers angeklagt wurde, erhielt er — 300 Mark Geldstrafe, so daß er von seinem „Verdienst“ 3700 Mark zurücklegen konnte. Es wäre zu begrüßen, wenn der Deffentlichkeit bald mitgeteilt würde, wieviele solcher Wühler an dem hier in Frage kommenden Prozeß beteiligt sind und wie hoch sich die Gesamtsumme beläuft, die diese Herrschaften an der Vererbung des deutschen Volkes verdient haben. Sind unter ihnen auch jene Leute, von denen ein Breslauer Blatt berichtet, daß sie ihre Waren zunächst nach Süddeutschland und von dort aus über die Schweiz nach feindlichen Ländern lieferten?

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 48. Woche (vom 19. bis 25. Novbr. 1916) fällig. Wir bitten unsere Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Schmidthorst-Buschhausen. Sonntag, den 26. November: Treffpunkt zur Hausagitation um 10 Uhr vormittags beim Wirt Vollmer. Es ist Pflicht jedes Kameraden, sich an dieser wichtigen Arbeit zu beteiligen.

Bürgerrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisionen unnötige Wege erspart bleiben:

- Freitropf. Vom 25. November bis zum 15. Dezember.
- Ritshöhe. Vom 1. bis 15. Dezember.
- Kirchhude. Vom 1. bis 25. Dezember.
- Rauel-Schwerin. Vom 15. bis 30. November.
- Treibitz. Am 26. November.

Bibliotheken.

Wabbe I. Die Bibliothek ist vom 1. bis 17. Dezember wegen Renovierung geschlossen.

Sterbetafel

- Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:
- | | |
|--------------------------------|---------------------------------|
| Wilhelm Gies, Stodum. | Josef Leitenstorfer, Penzberg. |
| Karl Kuhlmann, Dortmund II. | Franz Streicher, Penzberg. |
| Wilhelm Müller, Dortmund II. | Paul Stiecher, Herzogenrath. |
| Alfred Müller, Gladbeck I. | Otto Hildebrand, Martrankstädt. |
| Paul Brauner, Schönebeck. | Edmund Brunzel, Sentenberg I. |
| Karl Conle, Bertlich. | Albert Karsties, Sentenberg I. |
| Josef Britter, Hürde. | Paul Profus, Schlesiengrube. |
| Alisd Abler, Obermarzloh. | Alfred Weidlich, Unterweißbach. |
| Wilhelm Groß, Massenerheide. | Max Schwabe, Unterweißbach. |
| Edo Hauptvogel, Obernauendorf. | Johann Altwater, Ahlen. |
| Max Tschöler, Weiskuhle. | |

Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!

Taschen-Kalender für Bergarbeiter

werden so zahlreich bestellt, daß es uns bei dem wenigen uns zur Verfügung stehenden Personal nicht möglich ist, allen Bestellungen sofort liefern zu können. Wir bitten daher um etwas Geduld.

G. Sandmann & Co.